



## Heinz Pingel

<b>Alter:</b>	62 Jahre
<b>Beruf:</b>	Dipl.-Lehrer, Ing.- Ökonom
<b>Kreisverband:</b>	Görlitz
<b>Mandate:</b>	Stadtrat (Fraktionsvorsitzender) Kreisrat
<b>Funktionen:</b>	Landesschatzmeister, Gesellschafter Vulkan GmbH, Aufsichtsrat Wohnungsbau- gesellschaft, Stiftungsrat Haus Schminke

Eine wesentliche Frage der Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Interessen von Menschen in unserer Gesellschaft ist nicht, ob umverteilt wird, sondern in welche Richtung umverteilt wird.

In den vergangenen Jahrzehnten ist der Reichtum eines kleinen Teils der Gesellschaft schnell gewachsen, während die Einkommenssteigerungen der Beschäftigten und der Rentnerinnen und Rentner seit der Jahrtausendwende die Preissteigerungen kaum ausgleichen konnten. Die Zahl derjenigen, die auf soziale Grundsicherung angewiesen sind ist gewachsen. Auch die Verschuldung der öffentliche Haushalte hat zugenommen.

Dem müsste Politik entgegen wirken, aber die politischen Entscheidungen auch auf Landesebene

wurden dem Anspruch nach sozialem Ausgleich nicht gerecht. Die gesetzlichen Vorgaben zur Belastung der Bürger mit Gebühren und Beiträgen verbunden mit unzureichenden Finanzausweisungen an die Kommunen belasten vor allem Menschen mit geringeren Einkommen.

Im Gegenteil, Kitagebühren, Beiträge zur Schülerbeförderung sind gestiegen und die Zentralisierung öffentlicher Einrichtungen erzwingen höhere Aufwendungen, weil längere Wege zurückgelegt werden müssen. Selbst dort wo gleichberechtigter kostenfreier Zugang Verfassungsgebot ist wie die Gewährleistung der Lehrmittelfreiheit, mussten Gerichte feststellen, das dem Gebot in Sachsen nicht ausreichend entsprochen wurde. Ausdruck solcher Fehlentwicklungen ist auch ein wachsender Bedarf an sozialen Diensten. Die sächsischen Beschäftigten in diesem Bereich haben bundesweit die niedrigsten Einkommen. Arbeiten sie bei freien Trägern, kommt noch große Unsicherheit dazu, weil Entscheidungen über deren Finanzausstattung regelmäßig zu spät getroffen werden.

Um für eine sozialere Politik zu streiten habe ich mich als Direktkandidat im Wahlkreis 50 beworben.

In den neunziger Jahren habe ich als Dozent bei der Ausbildung von Sozialpädagogen umfangreiche Einblicke in die Möglichkeiten der Förderung und Hilfe gewonnen aber auch die Grenzen erlebt, die bürokratische Hürden und unzureichende Finanzausstattung den Helfern setzen. Die Erfahrungen als Kommunalpolitiker haben das noch vertieft.

Ich habe aber auch erlebt, dass politische Rahmenbedingungen veränderbar sind und positive Veränderungen am ehesten gelingen, wenn bürgerschaftliches Engagement und die Bemühungen von Politikern auf kommunaler Ebene mit denen auf Landes- und Bundesebene verbunden werden.